

Zukunft der Pressefreiheit

Wenn es einen Rechtsstaat gibt

Cyrus Naji

Unter der Übergangsregierung von Mohammad Yunus hat sich eine Medienreformkommission mit den seit langem bestehenden Schwierigkeiten von Journalist(inn)en in Bangladesch beschäftigt – doch die alten Bedrohungen und Kontrollmuster erweisen sich als beharrlich. Ein Ausblick des Autors.

Seit dem Sturz von Sheikh-Hasina 2024 sind die Medien in Bangladesch zwar in eine neue, aber auch ungewisse Phase eingetreten. Die bislang größte Bedrohung für die Pressefreiheit – die Hasina-Diktatur – ist zwar Vergangenheit. Aber das über Jahrzehnte aufgebaute Klima der Unterdrückung und Selbstzensur braucht lange um zu verschwinden. Der Zeitungsredakteur Mahfuz Anam beschrieb die Situation als „abschüssig“ und fügte hinzu, dass „der Journalismus in Bangladesch einen gewagten Kurs steuern muss, mit Kräften, die wir nicht kennen.“

Eine 11-köpfige Medienreformkommission hat Mitte März 2025 der Übergangsregierung von Bangladesch ihren Bericht vorgelegt, der sich mit den seit langem bestehenden Bedrohungen der Medienfreiheit in Bangladesch befasst. Die Kommission war vom erfahrenen Journalisten Kamal Ahmed geleitet worden und sollte sich im Auftrag der Übergangsregierung mit Themen befassen wie den Rechtsreformen, dem Schutz von Journalist(inn)en, den Regelungen zum Medieneigentum und einer Politik für digitale Medien. Sie empfahl ein umfassendes Maßnahmenpaket, das, wenn es umgesetzt würde, einen großen Beitrag zur freien Presse in Bangladesch leisten würde. Ihre Entwürfe könnten zumindest in Teilen sofort umgesetzt werden.

Vorgeschichte

Schon in den Jahren 1984 und 1996 waren Versuche einer Medienreform unternommen worden, die jedoch an alten Mustern der Medienwelt und der Beharrlichkeit der Institutionen scheiterten. Die Medienwelt des Landes hat durchweg der Quantität Vorrang vor der Qualität eingeräumt: Heute gibt es in Bangladesch über 50 Tageszeitungen und 42 Nachrichtensender. Nur wenige dieser Medien produzieren jedoch einen genauen, objektiven Journalismus und arbeiten selten nach einem finanziell tragfähigen Geschäftsmodell.

Positive Beispiele sind die beiden großen Zeitungen des Landes, die bengali-sprachige *Prothom Alo* und der englischsprachige *Daily Star* – beide im Besitz der *Transcom*-Gruppe, ein Unternehmenskonglomerat. Beide Medien bemühen sich um einen unabhängigen, verlässlichen und ethisch begründeten Journalismus. Was angesichts der stets zänkischen Politik des Landes einfacher klingt, als es umgesetzt werden kann. Bemerkenswert ist dabei, dass beide Zeitungen Gewinne erwirtschaften: sowohl sie als auch ihre Redakteurinnen und Redakteure gehören zu den Steuerzahler(inne)n mit den höchsten Beiträgen im Mediensektor. Hingegen sind viele Medien in Bangladesch nicht darauf ausgerichtet, guten Journalismus und Gewinne zu produzieren, sondern

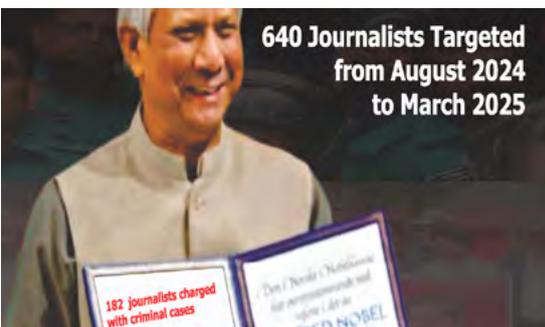
dienen den Interessen ihrer Eigentümer. Deren Mediengeschäft wiederum stellt nur einen kleinen Geschäftsteil ihrer Großkonzerne dar.

Diese Konzerne bildeten einen integralen Bestandteil des Hasina-Regimes. Sie erhielten Gefälligkeiten und gewährten im Gegenzug Unterstützung. Abgeordnete und Minister gehörten zu ihren Direktoren und Aktionären. Da in Bangladesch Veröffentlichungen eine staatliche Lizenz benötigen, wurden nach 2009, während Hasinas zweiter Amtszeit, zahlreiche Medienhäuser von Einzelpersonen oder Unternehmen eröffnet, die mit Hasinas Partei, der *Awami-Liga*, verbunden gewesen sind. Hasinas Regierung kontrollierte die Einschaltquoten im Fernsehen und insofern die Werbeeinnahmen. Umgekehrt konnte dieser Interessenverbund Verleumdungsklagen und -kampagnen androhen, um Konkurrenten gefügig zu machen. Noch jüngst, am 23. Februar 2025, veröffentlichten drei Zeitungen der *Bashundhara*-Gruppe die gleiche Schlagzeile, in der sie den *Daily Star* und *Prothom Alo* wegen der Berichterstattung über den seltsamen Tod einer jungen Frau zu verleumden suchten.

Vorschläge der Medienkommission

Die Medienreformkommission hat Vorschläge erarbeitet, Hemmnisse für eine unabhängige Berichter-

stattung zu beseitigen. Medienmonopole sollen abgebaut, stattdessen eine *One House One Media*-Politik eingeführt und ein wechselseitiger Besitz von Medien beschränkt werden. Ein und dieselbe Person besitzt demnach zukünftig nicht mehr einen Fernsehsender und eine Zeitung zugleich oder mehrere Nachrichtenplattformen in derselben Sprache. Die Kommission hat auch empfohlen, dass Medienunternehmen ab einer bestimmten Größe öffentlich an der Börse notiert werden sollten, was eine überwältigende Kontrolle



Untersuchung der Pressefreiheit unter Muhammad Yunus.

Bild © Rights & Risks Analysis Group

dieser Unternehmen durch einzelne Personen oder Unternehmen erschweren würde. Der Chef der Übergangsregierung, Mohammad Yunus, hat seine Bereitschaft signalisiert, die vorgeschlagenen Reformen aufzugreifen, verwies aber darauf, dass vieles davon von der nächsten gewählten Regierung umgesetzt werden müsse – deren Zusammensetzung ungewiss ist. Außerdem sind die Medienkonglomerate nach wie vor vorhanden und mächtig.

Die Kommission hat ebenso die ungenügende Vertretung und Behandlung von Frauen in der Medienbranche thematisiert. Journalistinnen bekommen von den Redaktionen oft nur Frauengeschichten oder Unterhaltung zugewiesen und eher selten interessante politische Ereignisse. Medienhäuser verfügen selten über wirksame Mechanismen, um Beschwerden

über sexuelle Belästigung oder geschlechtsspezifische Diskriminierung nachzugehen. Gitiara Nasreen, Mitglied der Medienreformkommission, bemängelt, dass Journalistinnen nicht als Expertinnen konsultiert oder zu Nachrichten befragt werden. Die Kommission hat Leitlinien für die Beteiligung und Vertretung von Frauen sowie Hinweise auf infrastrukturelle Veränderungen erstellt.

Angesichts der aktuell unsicheren Sicherheitslage sind Journalistinnen einem erhöhten Risiko durch extremistische Elemente sowie Angriffen in Dhaka und anderen Städten ausgesetzt – so ein Bericht von Amnesty International vom Februar 2025. Hinzu kommen im Ausland lebende YouTube-Stars wie Pinaki Bhattacharya und Elias Hossain, mit Millionen Followern, die gegen die Presse insgesamt und speziell gegen *Prothom Alo* und den *Daily Star* hetzen. Die Übergangsregierung hat den beiden Zeitungen Polizeischutz gewährt. Allerdings mutet dies skurril an, da die Sicherheitskräfte Journalist(inn)en immer wieder eingeschüchtert und mit Strafverfahren überzogen haben. Die Polizei mutiert vom früheren Täter zum aktuellen Beschützer. Im Moment gibt es jedoch keine Anzeichen, dass seit dem Sturz Hasinas Sicherheitskräfte versuchten, Journalist(inn)en einzuschüchtern.

Schutz und Sicherheit

Der derzeitige Rechtsrahmen für die Medien- und Meinungsfreiheit ist unzureichend und gibt der Regierung weitreichende Befugnisse, um Äußerungen zu blockieren oder zu bestrafen. Die Medienreformkommission schlägt vor, Bangladeschs Mediengesetze mit internationalen Standards in Einklang zu bringen. Die Kommission schlägt außerdem eine unabhängige Aufsichtsbehörde vor, die Pressekommission. Sie wäre mit den Befugnissen eines Zivilgerichts ausgestattet und könnte über die Anliegen von Journalist(inn)en

autonom entscheiden. Theoretisch wäre sie in der Lage, die Sicherheitskräfte wegen unzulässiger Einmischung zu tadeln. Vorgesehen ist ebenso ein Schutzgesetz, womit sich Journalist(inn)en vor Gericht bei Recherchen und Veröffentlichungen auf das öffentliche Interesse berufen und sich über rechtliche Einwände von staatlichen oder nicht-staatlichen Akteuren hinwegsetzen könnten. Doch alles hängt davon ab, wie gut die Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz in Bangladesch künftig funktioniert.

Als reformresistent hat sich die Berichterstattung über die *Chittagong Hill Tracts* (CHT) erwiesen. Ausländische Journalist(inn)en dürfen die CHT nicht betreten, alle Bewegungen im Gebiet werden von der Armee streng kontrolliert. In den Nachrichtenkanälen kommen indigene Stimmen nur selten zu Wort. Eine Änderung in der Berichterstattung würde bedeuten, dass die Siedlerokkupation des indigenen Territoriums mit Hilfe des Staates völlig neu bewertet werden müsste.

Arbeitsplätze der Journalist(inn)en sind prekär und sie sind nach wie vor der Einschüchterung ausgesetzt. Eine Neupositionierung der Medieneigentümer ist nicht erfolgt. Journalist(inn)en und Redakteure üben weiterhin verschiedene Formen der Selbstzensur aus. Gewissermaßen: alte Probleme im neuen Gewand.

Aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von Theodor Rathgeber

Zum Autor



Cyrus Naji studierte an den Universitäten Oxford und St. Andrews. Von 2022 bis 2023 war er Lehrbeauftragter an einer privaten Universität in Chittagong.

Texthinweis

Der Originaltext erschien am 8. April 2025 auf der Plattform *himalmag* unter dem Titel *The Future of Bangladesh's Fragile Media Freedom*.